Der AfD-Faktencheck

Stand: November 2025

Die AfD legt weiter zu. Vielerorts kann sie nur durch die geschlossene Kraft der Demokratinnen und Demokraten über Parteigrenzen hinweg eingehegt werden. Immer mehr Menschen machen sich mit einer Politik gemein, die auf Spaltung, Ausgrenzung und Menschenverachtung beruht.

Gleichzeitig wächst die Klarheit der Institutionen. Immer mehr Verfassungsschutzämter stufen die AfD als gesichert rechtsextremistisch ein. Diese Bewertung ist kein politisches Urteil, sondern ein verfassungsrechtlicher Befund. Sie zeigt, dass die AfD im Widerspruch zum Modell unserer freien und pluralen Gesellschaft steht.

Eine Partei, die die Gleichwertigkeit der Menschen in Frage stellt, bekämpft das Fundament unserer Demokratie. Eine Partei, die im konkreten Verdacht steht, mit autoritären Mächten zu sympathisieren und ihre Narrative zu übernehmen, gefährdet den Bestand unseres Landes von innen. Sie stellt sich gegen die Werte, auf denen unsere freie Gesellschaft ruht: gegen Freiheit und Menschenwürde, gegen Rechtsstaat und Vielfalt, gegen Respekt und Mitmenschlichkeit.

Wut macht blind. Viele Menschen sind verunsichert, manche aus Sorge um ihre Zukunft, andere, weil sie gezielt verunsichert werden. Einige suchen Halt in einfachen Antworten. Manche zeigen eine latente Lust zu zerstören. Andere zeigen gefährliche Gleichgültigkeit, als ginge der Verlust demokratischer Kultur sie nichts an. Doch Gleichgültigkeit schützt nicht. Sie macht angreifbar.

Jetzt braucht es viele, die verstanden haben, dass das eine gefährliche Lage für uns alle ist. Die AfD ist nicht wie jede andere Partei. Sie ist eine politische Bewegung, die nicht innerhalb, sondern gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung agiert und auf ihre Abschaffung zielt.

Darum folgt jetzt ein Blick auf das, was die AfD über sich selbst und über unser Land behauptet, und auf die Wirklichkeit, die oft eine ganz andere ist.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Lisa Treiling (V.i.S.d.P.), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

Die AfD behauptet, sie sei die Stimme der „schweigenden Mehrheit“.

Wahr ist: Die AfD spricht nicht für eine Mehrheit, sondern für eine lautstarke Minderheit, die die Grundlagen unserer Demokratie ablehnt. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland steht für Freiheit, Respekt und Zusammenhalt. Die AfD ist laut Verfassungsschutz eine **gesichert rechtsextremistische Bestrebung** – kein normaler Teil der politischen Landschaft.

Mitte-Studie zu rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellung:
https://www.fes.de/mitte-studie

Und dafür stehen wir: Für die demokratische Mehrheit in diesem Land – für all jene, die an Zusammenhalt glauben, an Fairness, an gegenseitigen Respekt. Wir geben der vernünftigen, solidarischen Mitte eine Stimme – gegen Spaltung und Hass.

Die AfD behauptet, sie sei die Partei der „kleinen Leute“.

Wahr ist: Die AfD betreibt knallharte Politik **gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.**
Sie hat sich im Bundestag und in Landtagen gegen Mindestlohn, Tarifbindung und soziale Absicherung gestellt. Gleichzeitig will sie Steuern für hohe Einkommen senken.
Das ist Politik für Wenige (Reiche) – nicht für die Mehrheit.
Der DGB nennt die AfD gar den Feind der Beschäftigten.

https://www.dgb.de/gerechtigkeit/demokratie/afd-der-feind-der-beschaeftigten/

Und dafür stehen wir: Für gute Arbeit, faire Löhne und sichere Arbeitsplätze.
Für Tarifverträge, Mitbestimmung und Respekt vor Leistung. Wir wollen, dass Arbeit zum Leben passt – und nicht das Leben der Arbeit geopfert wird.

Die AfD behauptet, sie sei „bürgerlich“ und „demokratisch“.

Wahr ist: Ihre führenden Köpfe reden offen davon, „diese Demokratie abzuschaffen“ (Enrico Komning). Sie verharmlosen den Nationalsozialismus, sprechen von „Remigration“ und diffamieren politische Gegner als „Volksverräter“.
Das ist nicht bürgerlich, sondern **rechtsextrem und demokratiefeindlich.**

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier in seiner Rede zum 9. November:
Extremistisch und bürgerlich: Das geht nicht zusammen, das sind elementare Gegensätze.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Lisa Treiling (V.i.S.d.P.), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2025/11/251109-9-November-Matinee.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Und dafür stehen wir: Für die Mitte der Gesellschaft – für die, die dieses Land tragen. Für Beschäftigte, Familien, Engagierte – für alle, die an Fortschritt glauben, statt an Spaltung.

Die AfD behauptet, Klimaschutz sei „Hysterie“.

Wahr ist: Der Klimawandel ist wissenschaftlich bewiesen. Die AfD leugnet oder verspottet Fakten und gefährdet damit Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stabilität und Lebensgrundlagen. Wer Klimapolitik sabotiert, handelt **gegen die Interessen kommender Generationen.**

https://www.helmholtz-klima.de/klimafakten/behauptung-schon-ueber-500-forscher-bezweifeln-den-menschengemachten-klimawandel

Und dafür stehen wir: für Klimaschutz, der Arbeit schafft statt zerstört, der Familien und Betriebe entlastet und niemanden überfordert. Für eine klimaneutrale Zukunft, die gerecht ist, bezahlbar bleibt und allen gehört.

Die AfD behauptet, sie wolle „Frieden mit Russland“.

Wahr ist: Sie stellt sich an die Seite eines Regimes, das einen völkerrechtswidrigen, brutalen Krieg führt, Grenzen verletzt und Kriegsverbrechen begeht. Der AfD geht es nicht um das Schweigen der Waffen, sondern um die Durchsetzung von Putins imperialem Willen. Freiheit und Frieden gibt es nur, wenn das Recht stärker bleibt als das Faustrecht.

Und dafür stehen wir: Für Frieden durch Stärke, für Freiheit und Selbstbestimmung.
Der Schlüssel liegt im Kreml – Putin könnte den Krieg sofort beenden. Solange er das nicht tut, unterstützen wir die Ukraine humanitär, finanziell und mit Waffen, damit sie sich gegen Unterwerfung und Gewalt verteidigen kann. Putins Scheitern ist die deutlichste Warnung an alle Despoten dieser Welt: Wer Kriege beginnt, darf nicht gewinnen.

Die AfD behauptet, Migration zerstöre Deutschland.

Wahr ist: Deutschland ist ein Einwanderungsland – und das ist gut so. Ohne zugewanderte Menschen würden Wirtschaft, Pflege und öffentliche Dienste zusammenbrechen. Bestehende Herausforderungen im Zusammenhang mit Zuwanderung werden von der AfD

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Lisa Treiling (V.i.S.d.P.), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

ethnisiert. Sie hetzt gegen ganze Bevölkerungsgruppen, spricht von „Remigration“ und meint Vertreibung. Das ist menschenfeindlich und grundgesetzwidrig.

Und dafür stehen wir: Wir sorgen dafür, dass **Deutschland als Einwanderungsland** seine Stärken voll ausschöpfen kann. Vielfalt ist eine Bereicherung, und wir setzen uns dafür ein, dass Integration besser und schneller gelingt. Zuwanderung nach Deutschland aus Asyl- und Fluchtgründen begegnen wir auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit Humanität und Ordnung.

Die AfD behauptet, sie verteidige die Meinungsfreiheit.

Wahr ist: Die AfD versucht, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben – hin zu Hass und Hetze. Sie missbraucht die Meinungsfreiheit doppelt: Sie will aus gutem Grund Nicht-Sagbares wieder sagbar machen. Und sie beansprucht sie ausschließlich für sich selbst – begegnet ihr Widerspruch, inszeniert sie sich als Opfer und ruft nach Zensur.
Mehrere ihrer Repräsentanten wurden bereits wegen Volksverhetzung verurteilt.

Und dafür stehen wir: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“.
Zum Recht auf Meinungsfreiheit gehört untrennbar das Recht auf Widerspruch.
Doch Meinungsfreiheit ist kein Freibrief für Volksverhetzung, Hass oder gezielte Desinformation. Wer Hetze unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit salonfähig machen will, greift die Freiheit selbst an. Wir stehen für eine Kultur des Respekts – klar in der Sache, aber unmissverständlich gegen Hass.

Die AfD behauptet, die EU schade Deutschland.

Wahr ist: Die EU sichert Wohlstand, Arbeitsplätze und Frieden.
Alle Wirtschaftsverbände warnen eindringlich vor der AfD. Richtig ist, Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land vom Binnenmarkt. Die AfD will die EU zerstören, um den Nationalismus zurückkehren zu lassen. Also jene Ideologie, die in Europa für Krieg und Zerstörung verantwortlich war. Wir brauchen nicht weniger Europa, sondern mehr!

Und dafür stehen wir: Die SPD ist die Europapartei. Die Europäische Union hat uns schon immer viel mehr Vorteile als Nachteile gebracht – als Garant für wirtschaftliche Stärke und den Frieden. Natürlich gibt es Probleme, aber die löst man mit kluger Politik und einer Weiterentwicklung der EU, nicht mit der kopflosen Abschaffung.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Lisa Treiling (V.i.S.d.P.), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

Die AfD behauptet, sie stehe für „nationale Souveränität“.

Wahr ist: Die AfD orientiert sich nicht an demokratischen Vorbildern, sondern an autoritären Regimen. Sie bedient sich derselben Methoden – von gezielten Desinformationsnetzwerken bis zur Nähe zu Russland und anderen illiberalen Staaten. Wer westliche Demokratien schwächt und Autokraten hofiert, handelt nicht im Interesse unseres Landes. Die AfD fügt Deutschland Schaden zu: politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Sie untergräbt Vertrauen, spaltet und stellt sich damit gegen die Werte, die unsere Demokratie tragen.

Und dafür stehen wir: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ – so hat es Willy Brandt auf den Punkt gebracht. Wir stehen für eine regelbasierte Außenpolitik, für Multilateralismus, für Freundschaft unter den Völkern und für Verständigung zwischen ihnen. Als selbstbewusstes Land wollen wir ein starker Teil einer geeinten, demokratischen und menschenfreundlichen Europäischen Union sein – selbstbestimmt und frei.

Die AfD behauptet, ein Verbotsverfahren sei „undemokratisch“.

Wahr ist: Niemals wollten die Mütter und Väter des Grundgesetzes, dass in Deutschland noch einmal eine Partei die Demokratie benutzt, um sie abzuschaffen. Darum schufen das Parteiverbot nach Artikel 21 Abs. 2 GG, als Verteidigungslinie der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Ob es zum Einsatz kommt, liegt in der Hand der AfD selbst: Wenn sie auf den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurückkehrt, schützt sie sich. Wenn sie ihn verlässt, greift der Schutz, den unsere Verfassung weise vorgesehen hat.

Und dafür stehen wir: Für fairen politischen Wettbewerb auf Grundlage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Leidenschaftlicher Streit in der Sache und der gemeinsame demokratische Konsens sind das Lebenselixier unserer Demokratie. Doch wer die Freiheit der Demokratie nur nutzt, um sie am Ende abzuschaffen, der überschreitet eine Grenze. Eine wehrhafte Demokratie darf das nicht hinnehmen – sie muss sich schützen, mit den Mitteln des Rechtsstaats und der politischen Vernunft.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Lisa Treiling (V.i.S.d.P.), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.